Schwerter Zeitung

Bei unvorhergesehenen Betriebsstörungen, hervorgerufen durch höhere Gewalten, übernehmen wir keinerlei Gewähr für pünktliches Erscheinen der Zeitung und kann auch keinerlei Schadenersatz beansprucht werden.

Verbunden mit: Schwerter Tageblatt und Anzeiger, Schwerter Volkszeitung, Schwerter Volksblatt

Welthofener Zeitung, Aplerbecker Zeitung, Langscheder Zeitung, Holzwickeder Zeitung

Die „Schwerter Zeitung" erscheint werktäglich. Hauptgeschäftsstelle, Druck und Verlag: Carl Braus. Telegr.-Adr.: Braus, Schwerterruhr. Tel. 62. Postscheck: Dortmund 2852 und Hannover 21874. Verantwortlich für Schriftleitung und Anzeigen: Hans Linner in Schwerte. Tel. 62.

Amtliches Kreisblatt für den Kreis Hörde ✦ Erstes und ältestes Tagesorgan des Kreises. ✦ Generalanzeiger für den Kreis Hörde.

Nr. 267 — Dienstag, den 13. November 1923 — 56. Jahrgang

Neues in Kürze.

Der Währungskommissar.

wtb. **Berlin**, 12. Nov. (Tel.) Der Bankdirektor Dr. Schacht wurde zum Währungskommissar ernannt.

Fernsprechverkehr in Düsseldorf.

wtb. **Düsseldorf**, 12. Nov. (Tel.) Seit Samstag abend ist der Fernsprechverkehr mit außerhalb zum Teil wieder möglich. Vorläufig können aber nur Verbindungen mit Berlin, Essen und Mülheim-Ruhr hergestellt werden.

Die technische Hochschule Aachen.

wtb. Aachen, 12. Okt. (Tel.) Die Rheinlandkommission hat die Wiedereröffnung der technischen Hochschule von Montag, den 19. November ab, im alten Umfang gestattet. Die Wiedereinreise der Studierenden kann von Mittwoch, den 14. November ab erfolgen.

Der Wiederaufbau des Eisenbahnverkehrs.

wtb. **Berlin**, 12. Nov. (Tel.) Die Besprechungen zwischen der deutschen Reichsbahn und der französisch-belgischen Eisenbahnregie, die in den letzten Tagen in Düsseldorf geführt worden sind, haben gestern zu einem Vorabkommen geführt, das die Möglichkeit des Wiederaufbaues des Eisenbahnverkehrs im besetzten Rhein- und Ruhrgebiet bieten soll. Die Einzelheiten der Durchführung sollen in weiteren Verhandlungen in Mainz festgelegt werden.

Kein Abbau preußischer Universitäten.

wtb. Berlin, 13. Nov. (Tel.) In der Presse werden noch wie vor Nachrichten über den Abbau von preußischen Universitäten verbreitet. Das Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung erklärt, daß diese Behauptungen jeder Begründung entbehren.

Nach Doorn.

wtb. **Haag**, 12. Nov. (Tel.) Der Generalsekretär des Ministeriums, Mr. Kan, hat sich heute nach Doorn zu einer Unterredung mit dem vormaligen deutschen Kaiser begeben.

Erschossen.

wtb. **Essen**, 12. Nov. (Tel.) Gestern ist hier ein betrunkener belgischer Soldat von einem deutschen Polizisten erschossen worden. Es scheint sich um eine Betrunkenenaffäre zu handeln.

Verhaftung eines Sonderbündlers.

wtb. **Aachen**, 13. Nov. (Tel.) Wie die Freie Presse aus zuverlässiger Quelle erfahren haben will, ist der Sonderbündler Leo Deckers in Verviers verhaftet worden.

Die Verhandlungen mit den Industriellen.

wtb. **Paris**, 12. Nov. (Tel.) Nach einer Havasmeldung aus Düsseldorf sind die Verhandlungen mit der rheinisch-westfälischen Industrie heute vormittag im Sitz der Ingenieurkommission wieder aufgenommen worden.

Rücktritt der kommun. Minister in Thüringen.

wtb. **Weimar**, 12. Nov. (Tel.) In der vergangenen Nacht beschlossen die kommunistischen Mitglieder der thüringischen Staatsregierung, Staatsminister Tenner, Justizminister Dr. Korsch und der Staatsrat Dr. Neubauer, aus der Thüringer Regierung auszuscheiden. Sie begründen ihren Austritt in einer Kundgebung an die Regierung, den Landtag und die Arbeiterschaft Thüringens.

Edelmetalle und Devisen beschlagnahmt.

wtb. **Berlin**, 12. Nov. (Tel.) Heute vormittag wurden bei dem aus dem Osten zugewanderten Uhrmacher Abraham Rzezek in der Barnimstraße Edelmetalle in Form von verschiedenerlei Münzen, Ringen und Barren, sowie 410 amerikanische Dollars und 33 Billionen Mark Papiergeld beschlagnahmt. Da Rzezek in den Verdacht steht, Gold, Silber und sonstige Edelmetalle zu verschieben, wurde er von der Kriminalpolizei festgenommen und ins Polizeipräsidium eingeliefert.

Kundgebungen für den Frieden.

wtb. **Paris**, 12. Nov. (Tel.) Die vom Allgemeinen Arbeiterverband C. G. T.) gestern veranstaltete Kundgebung für den Frieden in Paris, Bordeaux, Lyon, Reims, Toulons, Lille und Straßburg war stark besucht. Die Entschließungen für den Frieden endeten mit den Worten: Wir fordern Frieden, der zur Zusammenarbeit und Sicherheit aller Völker führt, zur Blüte und zur Würde der Arbeit und sozialen und menschlichen Fortschritt.

Kommunistenkundgebung in Paris.

wtb. **Paris**, 12. Nov. (Tel.) Die kommunistische Partei veranstaltete gestern abend eine Kundgebung für den Frieden. Nach der Versammlung zogen die Manifestanten unter Absingen der Internationale nach dem Stadtinnern, wurden aber von Polizisten zurückgehalten. Es entstand eine Schlägerei, in deren Verlauf zwei Personen getötet und ein Polizeikommissar leicht verletzt wurden.

Celluloid auf einem Dampfer explodiert.

wtb. **Hamburg**, 12. Nov. (Tel.) Auf dem zur Abfahrt nach Amsterdam bereitliegenden deutschen Dampfer Rhein entstand aus unbekannter Ursache in dem auf Deck liegenden Zelluloid eine Explosion, die sich schnell über Deck verbreitete. Es gelang schließlich, des Feuers Herr zu werden. Die Deckaufbauten und die Takelage des Dampfers wurden zerstört, ebenso das Dach eines Schuppens am Kai.

Marknotenverkauf in Paris.

wtb. **Paris**, 12. Nov. (Tel.) Straßenverkäufer machten in jüngster Zeit in Paris unter allerlei Worten und Anspielungen deutsche Marknoten zum Verkauf. Die französische Regierung hat nunmehr den Verkauf verboten.

Rumänisches Munitionslager in die Luft geflogen

wtb. **Paris**, 12. Nov. (Tel.) Der Matin berichtet aus Bukarest, daß 15 Kilometer von dort eines der größten Munitionslager, das Fort Dumnekiu, in die Luft geflogen ist. Etwa 40 Personen wurden getötet.

Die westdeutsche Goldnotenbank.

wtb. **Köln**, 12. Nov. (Tel.) Ueber die in der Gründung begriffene westdeutsche Goldnotenbank werden Nachrichten verbreitet, die teils irreführend, teils unrichtig sind. Das Kölner Tageblatt schreibt hierzu: Wir möchten deshalb, damit der Gang der Dinge nicht verwischt wird, von den Geschehnissen bis zum heutigen Tage folgendes mitteilen: Nachdem der Rheinische Provinziallandtag trotz mancher Intrigen dem Projekt glücklich zugestimmt hatte, fand am Freitag in Köln eine Versammlung statt, die sich mit der rheinischen Währungsfrage weiter befaßt hat. An dieser Zusammenkunft haben nicht nur die eigentlichen Fachleute des Geldwesens teilgenommen, sondern auch Industrielle und die Bürgermeister aus so ziemlich dem gesamten besetzten Gebiet, von Essen angefangen bis hinunter nach Ludwigshafen. Dann ist Geheimrat Louis Hagen, gewissermaßen als der Vertrauensmann dieser Kölner Versammlung, am Samstag nach Koblenz zum Präsidenten der Rheinlandkommission gefahren, um mit ihm das Projekt der Westdeutschen Goldnotenbank zu diskutieren. Aus der Tatsache, daß am Sonntag eine Kommission, die sich aus den Herren Louis Hagen, Baron Schröder und Direktor Pferdmenges zusammensetzt, nach Berlin gefahren ist, mag man erkennen, daß ein endgültiges Schicksal des Goldnotenprojektes noch nicht feststeht. Immerhin darf man die Hoffnung aussprechen, daß die Sache nicht im Sande verläuft und die Tatsache feststellen, daß das Projekt von allen Seiten gefördert wird. Die Namen, die als Mitglieder des Verwaltungsrates der kommenden Bank schon genannt worden sind, sind aber nur zum Teil richtig. Ueber eine der beiden leitenden Personen hat man sich zwar im wesentlichen geeinigt; es ist eine im westdeutschen Bankwesen verfierte Persönlichkeit. Wegen des anderen Herrn aber steht die Entscheidung noch aus.

Beratungen der Fraktionen.

wtb. **Berlin**, 12. Nov. (Tel.) Im Reichstag herrschte heute außerordentliche Stille. Nur wenige Abgeordnete waren im Hause. Die am Samstag unterbrochenen Verhandlungen zwischen den beiden Rechtsparteien zur Ergänzung des Kabinetts durch deutschnationale Mitglieder ruhten heute vollständig. Eine Fraktionssitzung fand nicht statt. Für morgen sind wieder Fraktionssitzungen des Zentrums und der Deutschnationalen angesetzt, während die Demokraten erst am Donnerstag wieder zusammentreten. Die übrigen Fraktionen haben überhaupt keinen Zeitpunkt für ihre Tagung festgesetzt. Die Sozialdemokraten bereiten einen Antrag auf alsbaldige Einberufung des Plenums vor. Der Parteivorstand wird morgen darüber beschließen. Nach § 14 der Reichsverfassung ist der Präsident zur Einberufung des Reichstages verpflichtet, wenn dies mindestens ein Drittel der Mitglieder verlangt. Die sozialdemokratische Fraktion ist stark genug, um dieses Erfordernis zu erfüllen. Aber die Meinung über die Auslegung dieses Paragraphen ist geteilt. Die eine Meinung geht dahin, daß diese Bestimmung sich nur auf die Zeit bestimmt, in der der Reichstag formell vertagt war, was aber hier nicht der Fall ist. Immerhin ist mit der Möglichkeit zu rechnen, daß frühestens Ende dieser Woche das Plenum einberufen werden könnte. — Der Reichstagspräsident Löbe wird sich heute abend zum Reichskanzler begeben, um mit diesem über die Einberufung des Plenums zu sprechen; denn es hängt selbstverständlich davon ab, wann der Reichskanzler bereit ist, vor dem Reichstage zu sprechen.

Der Sachverständigenausschuß.

wtb. **Paris**, 12. Nov. (Tel.) Ministerpräsident Poincare hat sich entschlossen, den Plan der Einberufung eines Sachverständigenausschusses zur Abschätzung der deutschen Zahlungsfähigkeit für sein Konto zu übernehmen. Er hat den französischen Vertreter im Wiederherstellungsausschuß, Louis Barthou, beauftragt, in der morgigen Sitzung des Wiederherstellungsausschusses den Antrag zu stellen, ein Sachverständigenkomitee zu ernennen. In diesem Komitee sollen Vertreter der Länder sein, die im Wiederherstellungsausschuß vertreten sind.

In einer Mitteilung des diplomatischen Mitarbeiters der Havasagentur, der eine Umfrage in beteiligten Kreisen veranstaltet hat, heißt es, der französische Ministerpräsident weigere sich keineswegs, mit Deutschland in Verhandlungen zu treten, heute, wo der passive Widerstand aufgehört habe und die vorsätzliche Verfehlung, die wegen der Sachlieferungen festgestellt wurde, verschwunden sei, dank den unmittelbaren Abmachungen mit den deutschen Industriellen.

Wertbeständiges Städte-Notgeld.

wtb. **Berlin**, 12. Nov. (Tel.) Der mir durch Erlaß des Reichspräsidenten vom 8. November erteilte Auftrag, alle Anordnungen zur Sicherung des Reiches zu treffen, ist nur durchzuführen, wenn dem drohenden Hunger vorgebeugt wird. Der eingetretene Frost erlaubt keine langen Ueberlegungen mehr. Bevor durch Sicherung der Währung eine durchgreifende Besserung der Lebensmittelversorgung durchgeführt ist, ordne ich als Inhaber der vollziehenden Gewalt nachstehendes an:

§ 1. Die Länder, Provinzen und Kommunen sind berechtigt, wertbeständiges Notgeld zur Beschaffung von Lebensmitteln auszugeben. Die Ausgabe darf nur zu dem Betrage erfolgen, der vom Reichsfinanzministerium als gehörig gedeckt anerkannt wird. Das Reichsfinanzministerium wird die Anträge der ausgebenden Stellen mit der größten Beschleunigung prüfen. Innerhalb der Ausgabebezirke ist das Notgeld als gesetzliches Zahlungsmittel anzunehmen.

§ 2. Wer die Annahme dieses Notgeldes verweigert oder andere zur Verweigerung zu bestimmen versucht, wird nach § 4 der Verordnung des Reichspräsidenten vom 26. Oktober bestraft.

§ 3. Die Verordnung tritt mit der Verkündung in Kraft.

Berlin, den 12. November 1923.

Der Inhaber der vollziehenden Gewalt.
gez. von Seeckt.

Die Forderungen der Demokraten.

wtb. **Berlin**, 12. Nov. (Tel.) Der Parteivorstand der Deutschen demokratischen Partei hat gestern unter dem Vorsitze des Abgeordneten Erkelenz und in Gegenwart der demokratischen Minister des Reiches und der Länder im Reichstag getagt. Nach einem Referat des Abg. Fischer-Köln, und nach ausführlicher Aussprache, nahm er folgende Entschließung an:

Der Vorstand der Deutschen demokratischen Partei verlangt von der Regierung, daß sie mit rückhaltloser Energie die nationale Einheit des Reiches gegen partikularistische und reaktionäre Gegner aufrecht erhält, den Zusammenhang von Ruhr und Rhein mit dem Deutschen Reiche unbedingt verteidigt, die lebensnotwendige Währungsreform schleunigst unter Ueberwindung der offenen und geheimen Widerstände verwirklicht, die Autorität der nationalen Reichsgewalt und der republikanischen Verfassung zu Ehren bringt und daß sie mit einem Programm auf dieser Grundlage vor den Reichstag tritt. Eine Erweiterung der Regierung, die die geforderte Sicherheit nicht bietet, muß die Deutsche demokratische Partei aus innen- und außenpolitischen Gründen unbedingt ablehnen.

Sicherung der Brotversorgung.

tb. **Berlin**, 12. Nov. (Privattel.) Das Reichsernährungsministerium und die Reichsgetreidestelle haben nach dem Vorwärts Maßnahmen in Aussicht genommen, um die Sicherung der Brotversorgung zu erreichen. Gestern fanden Besprechungen statt, in denen vorgeschlagen wurde, die Brotstützungsaktion auf alle Städte über 100 000 Einwohner auszudehnen. Die Verhandlungen werden heute unter Hinzuziehung von Vertretern des Mehlgroßhandels, der Landwirtschaft und des Bäckergewerbes weitergeführt.

Buchdruckerstreik und Notenpresse.

wtb. **Berlin**, 12. Nov. (Tel.) Wie die Reichsdruckerei mitteilt, erschienen von der etwa 10 000 Mann starken Belegschaft heute morgen ungefähr 2000 Mann zum Dienst, doch verließ die Hälfte davon den Betrieb bald darauf wieder. Von den bleibenden 1000 Mann des arbeitswilligen Personals, das etwa je zur Hälfte aus Beamten und Angestellten sowie aus Arbeitern besteht, soll der Notendruck soweit wie möglich fortgeführt werden. Es ist zu hoffen, daß auf diese Weise die nächsten Lohnzahlungen sichergestellt werden können.

Die Goldlohnforderungen.

wtb. **Berlin**, 12. Nov. (Tel.) In der Berliner Metallindustrie, im Einzelhandel und in mehreren anderen Industrien sind die Goldlohnforderungen der Angestellten von den Arbeitgebern und den Schlichtungsausschüssen gleichfalls abgelehnt worden. Die Angestellten bestehen jedoch auf ihren Forderungen. In der Metallindustrie werden die organisierten Angestellten am Donnerstag gleichfalls zusammentreten, wo entschieden werden wird, wann die Streikabstimmungen beginnen sollen.

Der Münchener Putsch.

Hitler verhaftet.

wtb. **München**, 12. Nov. (Tel.) Der Führer der Nationalsozialisten, Hitler, wurde am Staffelsee ohne Widerstand verhaftet.

wtb. **München**, 12. Nov. (Tel.) Wie in der Bayrischen Staatszeitung amtlich mitgeteilt wird, bestätigt es sich, daß der Führer der Nationalsozialisten Hitler am Sonntag abend in einer Villa bei Uffing am Staffelsee verhaftet worden ist. Die Verhaftung erfolgte durch die Landespolizei. Hitler wurde unter Bewachung im Auto abtransportiert. Hitlers Verwundung besteht nur in einer Prellung an der Schulter.

bb **Berlin**, 12. Nov. (Privattel.) Zu der Nachricht über die Verhaftung Hitlers in Uffing am Staffelsee meldet der Vorwärts noch, Hitler sei nach seiner Festnahme nach Landsberg am Lech geführt worden, wo er gefangen gehalten werde.

Kahr nicht ermordet.

wtb. **München**, 13. Nov. (Tel.) Die auswärts verbreiteten Gerüchte über die Ermordung des Generalstaatskommissars Kahr entbehren jeder Begründung.

Noch in Haft.

* **München**, 12. Nov. In Haft sind noch der für die bayrische Ministerpräsidentschaft vorgesehene frühere Polizeipräsident Oberlandesgerichtsrat Poehner, ferner Oberamtmann Dr. Frick, der Polizeipräsident hätte werden sollen, dann Fürst Wrede, Hauptmann Röhm von der Reichskriegsflagge sowie Major Streck und Dr. Weber vom Bund Oberland.

Was der Kampfbund schon wußte.

wtb. **München**, 13. Nov. (Tel.) Die Blätter veröffentlichen ein ihnen jetzt bekannt gewordenes Schreiben des militärischen Führers des Kampfbundes Oberstleutnant Kriebel, in dem dieser den Kampforganisationen mitteilt, daß Dr. v. Kahr bereits in einer Besprechung am 6. November durch den Landeskommandanten und durch den Oberst Seißer klar und unzweideutig erklären ließ, daß er jetzt entschlossen sei, gegen jeden Verband, der aus sich selbst heraus einen gewaltsamen Umsturz herbeizuführen suche, mit Waffengewalt vorzugehen. Die Leitung des Kampfbundes, der militärisch unter Kriebel, politisch unter Hitler stand, wußte also ganz genau, was bevorstand, als sie am 9. November ihre Gefolgschaft vor die Residenz führten.

Nationalsozialistisches Waffenlager entdeckt.

wtb. **München**, 12. Nov. (Tel.) Wie die Münchener Neuesten Nachrichten melden, wurde im Perlacher Forst ein Waffenlager der Nationalsozialisten von der Polizei entdeckt. Die Waffen wurden von der Polizei fortgeschafft.

Eine Erklärung Ludendorffs.

wtb. **München**, 13. Nov. (Tel.) General Ludendorff veröffentlicht in den Münchener Neuesten Nachrichten eine Erklärung, in der er sagt, daß er die ehrenwörtliche Verpflichtung, die er abgab, nicht in dem Sinne abgegeben habe, daß er auf eine weitere Teilnahme an der völkischen Bewegung verzichte. Er halte die völkische Bewegung allein für befähigt, eine wirkliche Genesung Deutschlands und des deutschen Volkes herbeizuführen. Er werde sich ihr weiter widmen. Seine ehrenwörtliche Verpflichtung beziehe sich auf seinen Aufenthalt in München und auf die Enthaltung von staatsfeindlichen Bestrebungen während der Untersuchung. Die ehrenwörtliche Verpflichtung habe er als Ehrenmann ohne Hintergedanken übernommen.

Die Lage in München.

wtb. **München**, 13. Nov. (Tel.) Zur Lage in München wird berichtet: In der Nacht zum Montag waren die Uebergänge über die Isarbrücken durch Landespolizei gesichert. Die Passanten wurden einer Kontrolle unterzogen. Hitlerleute, die aus östlicher Richtung kamen, ließ man ungehindert in die Stadt, wenn sie keine Waffen trugen. In den Straßen der Stadt waren die neuen Aufrufe Kahrs angeschlagen worden, vor denen sich zahlreiche Passanten drängten. Sonst war das Straßenbild fast normal, nur in der Ludwigstraße bildeten sich Gruppen, insbesondere von Studenten. Auf verschiedenen Friedhöfen wurden die in den letzten Kämpfen gefallenen Landespolizeibeamten beerdigt. Außer Hundertschaften der Landespolizei waren auch Vertreter der Regierung und der sozialdemokratische Bürgermeister Schmidt zugegen.

Die Münchener Universität geschlossen.

wtb. **München**, 13. Nov. (Tel.) Heute nachmittag erschien eine Bekanntmachung, daß infolge der studentischen Kundgebungen die Universität mit ihren Anstalten durch einen einstimmigen Beschluß des akademischen Senats, dem

Deutsche Wirtschaftszahlen

am 13. November.

[Die Zahlen in Milliarden.]

Großhandel für das Reich am 6. XI.	129
Lebenshaltg. „ „ „ am 5. XI.	98,5
1 Goldmark nach dem Berliner Dollarkurs	150
Goldumrechnungssatz für Reichssteuern am 13. XI.	150
Goldmarkkurs der Reichsbahn für Personen- und Güterverkehr, 1 Goldmark nach Berliner Dollarkurs	
Fernbrief ab 12. XI.	10
Fernpostkarte ab 12. XI.	5
Buchdrucksschlüssel	161
Anzeigenschlüssel vom 13. XI ab	0,250
Ankaufspreis f. Reichssilbermünzen ab 12. XI.	150
Steuerermäßigungsmultiplikator in der Woche vom 11. XI.—17. XI.	300000

Der Dollar am 12. XI. 23

Dollarkurs Geld: 628 425 000 000
Brief: 631 575 000 000

auch die studentischen Vertreter einhellig beipflichteten, bis auf weiteres geschlossen wird. Die Verwaltung der wissenschaftlichen Sammlungen des Staates hat sich dieser Maßnahme angeschlossen.

Die ungarischen Verschwörer.

wtb. **Budapest**, 10. Nov. Abgeordneter Ulain, Szemere und Architekt Bobula, die sich bisher in Polizeigewahrsam befanden, wurden heute mittag wegen Verbrechens des Verfuchs zum Aufruhr der Staatsanwaltschaft eingeliefert.

Der Vertrag, den der Abgeordnete Ulain nach München bringen wollte, wurde im Wortlaut veröffentlicht. Der Titel des Vertrages lautet: Einstweiliges Abkommen zwischen den Staaten Bayern und Ungarn zum Zwecke der Errichtung einer politischen und militärischen Gemeinschaft. Das Abkommen ist in Budapest vom 3. November datiert und namens des bayrischen völkischnationalen Aktionsausschusses durch den „diplomatischen Delegierten" Döhnel und seitens des ungarischen völkischnationalen Aktionsausschusses von Dr. Albert v. Szemere und Titus von Bobula unterzeichnet.

Die Rückkehr des Kronprinzen.

Eine Note der Verbandsmächte an Holland.

wtb. **Haag**, 10. Nov. Das Niederländische Korrespondenzbüro erfährt vom Ministerium des Aeußeren: Die Gesandten Frankreichs, Belgiens, Englands, Italiens und Japans haben heute mittag 12 Uhr im Auftrage ihrer Regierungen dem Minister eine Note überreicht, in der die Regierungen ihr Vertrauen aussprechen, daß die Regierung sich der Verantwortlichkeit bewußt sei, die sie auf sich genommen habe, als sie dem vormaligen deutschen Kronprinzen einen Aufenthaltsplatz anwies. Gleichzeitig wird in der Note im Zusammenhang mit dem Bericht einer beabsichtigten Abreise des Kronprinzen nach Deutschland erklärt, man sei überzeugt, daß die niederländische Regierung nicht zögern werde, alle Ueberwachungsmaßnahmen zu ergreifen, die unter den gegenwärtigen Umständen nötig erscheinen. Der Minister des Aeußern hat bei dieser Gelegenheit dem Standpunkt seiner Regierung Ausdruck gegeben, dem deutschen Kronprinzen sei nach seiner Ankunft für die Dauer seines Aufenthalts ein fester Wohnplatz angewiesen worden, aber die Regierung erachte sich nicht für befugt, ihm die Freiheit, das Land zu verlassen, zu verkürzen und seine Abreise zu behindern. Die Stellung des vormaligen deutschen Kronprinzen sei durch die in den Niederlanden gültige Gesetzgebung bestimmt. Die Regierung habe in dieser Frage keine internationalen rechtlichen Verpflichtungen.

wtb. **London**, 12. Nov. (Tel.) Der Berichterstatter der Westminster Gazette schreibt, die Rückkehr des ehemaligen Kronprinzen nach Deutschland habe anscheinend in gut unterrichteten Kreisen in London wenig Beunruhigung hervorgerufen. Die deutsche Regierung hätte ihn nicht nach Deutschland zurückgelassen, wenn sie Grund zu der Annahme gehabt hätte, daß er Schwierigkeiten hervorrufen werde. Stresemann habe sich entschlossen gezeigt, seine Autorität aufrechtzuerhalten und wenn er den ehemaligen Kronprinzen habe nach Deutschland zurückkehren lassen, so sei es sicher nicht deshalb geschehen, um einen Sammelpunkt für einen monarchistischen Putsch zu schaffen. Die Frage bleibe bestehen, ob sich die britische Regierung den Alliierten bei der Forderung nach Auslieferung des ehemaligen Kronprinzen als Kriegsschuldigen anschließen werde. Wenn die Deutschen ihn ausliefern sollten, so würden sie ihn möglicherweise damit zum Nationalheros machen. Die Botschafterkonferenz werde vielleicht Protest erheben, doch werde die Angelegenheit dann fallen gelassen werden.

Politische Umschau

Der westfälische Provinziallandtag zur Lage.

* **Münster**, 12. Nov. Am Samstag nachmittag trat der westfälische Provinziallandtag zusammen. Nach gründlicher Vorbesprechung der einzelnen Fraktionen und einer Ansprache des Vorsitzenden Oberbürgermeister Hamm wurde eine Entschließung angenommen, in der das Treiben der Separatisten im Rheinland gebrandmarkt und jeder Gedanke an eine staatsrechtliche Loslösung von Rhein und Ruhr von Deutschland oder auch nur von Preußen verworfen wird. Dann heißt es weiter:

Mit gleicher Entschiedenheit weisen wir uns gegen jede Zerreißung der Provinz Westfalen und warnen daher aufs eindringlichste vor jeder Mitwirkung an allen, insbesondere den welfischen Sonderbestrebungen.

Wir verurteilen aufs schärfste die hochverräterischen Pläne der bayrischen Putschisten, deren Verwirklichung unrettbar den Bürgerkrieg heraufbeschwören, den Zerfall des Deutschen Reiches herbeiführen und das ganze Volk in namenloses Elend stürzen würde. Wir fordern von der Reichsregierung, daß sie mit aller Schärfe des Gesetzes gegen Hochverräter vorgeht. Hierbei muß auf alle Fälle der Anschein vermieden werden, daß einzelne Länder und Bevölkerungskreise mit ungleichem Maß gemessen werden. Unseren Mitbürgern rufen wir zu, alle Zeit die Reichseinheit hochzuhalten und allen Absplitterungen von Ländern und Provinzen entgegenzuwirken.

Die Einstimmigkeit in der Annahme der Entschließung wurde vom Hause mit freudigem Bravo begrüßt.

Aus den Beamtenorganisationen.

bb **Berlin**, 10. Nov. Der Hauptvorstand der deutschnationalen Beamtenschaft veröffentlicht eine Erklärung, durch die dem Deutschen Beamtenbund die Gefolgschaft aufgesagt wird wegen seiner Beziehungen zum freigewerkschaftlichen Allg. Deutschen Beamtenbund.

Die deutsche Industrie zur Kartellverordnung.

bb **Berlin**, 10. Nov. Der Reichsverband der deutschen Industrie befaßte sich am 6. und 7. November mit der Kartellverordnung vom 2. November. Zu der genannten Verordnung wurde wie folgt Stellung genommen: Die Verordnung läßt die von der Industrie für unerläßlich erachteten klaren Rechtsgrundlagen in mancher Beziehung vermissen. Insbesondere erscheinen die Tatbestände, auf Grund deren gegen Kartellverträge und Kartellbeschlüsse eingeschritten werden kann, in den §§ 4, 8 und 10 der Verordnung nicht klar umrissen. Die Betätigungsmöglichkeiten auch derjenigen Kartelle, deren volkswirtschaftliche Bedeutung die Reichsregierung in den amtlichen Erläuterungen zur Kartellverordnung anerkennt, sind vor allem durch § 9 der Verordnung weitgehend unterbunden. Die Form, in der nach § 10 der Verordnung einzelne Rechtsgeschäfte nach freiem Belieben der Gegenpartei unwirksam gemacht oder aufrechterhalten werden können, ist für den kaufmännischen Verkehr nicht tragbar. Es ist zu besorgen, daß unter dem Einfluß der durch die Verordnung gebotenen Möglichkeiten gerade solche Kartelle in ihrem Bestand berührt werden, welche dem Schutze des industriellen Mittelstandes dienen. Die Tatsache, daß der Reichswirtschaftsminister und neben ihm in voller Selbständigkeit der Reichsernährungsminister als Verwaltungsbehörden rechtsgültig geschlossene Verträge ohne Gewährung eines Rechtsmittels an die Betroffenen aufheben können, steigert die ohne gekennzeichnete Rechtsunsicherheit in besonders bedenklicher Weise. Das Zusammenwirken zwischen Selbstverwaltung und amtlichen Organen erscheint im Hinblick auf obige Bedenken in beklagenswerter Weise erschwert. Weitaus die meisten Angriffe gegen die Kartelle sind als Folgewirkung von Abwehrmaßnahmen der letzteren gegen die allgemeinen wirtschaftlichen Schwierigkeiten, insbesondere die Währungszerrüttung, anzusehen. Deshalb wird der größte Teil der Beschwerden mit einer Beseitigung dieser Schwierigkeiten, vor allem auf dem Währungsgebiete, behoben sein. — Wie bereits mitgeteilt, wird der große Ausschuß der Kartellstelle des Reichsverbandes der deutschen Industrie am 16. November sowohl zur Kartellverordnung wie auch zur Frage der Goldrechnung und der Goldpreise Stellung nehmen.

Die Lage in der Pfalz.

wtb. **München**, 12. Nov. (Tel.) Ueber die Lage in der Pfalz wird am 11. November mittags gemeldet: Die Besatzung der Regierungsgebäude in Speyer, 72 Gendarmen und Beamte, wurden von den Franzosen entwaffnet und in die Kaserne gebracht. Die Separatisten hatten bei dem Angriff zwei Tote, die Gendarmen einen Verwundeten. Der Bischof von Speyer hat sich bei den Franzosen dafür eingesetzt, daß den Separatisten Einhalt geboten werde. Er hatte jedoch keinen Erfolg. Die Neustädter Separatisten wollten den Separatisten in Speyer zu Hilfe kommen, sie wurden aber auf der Fahrt nach Speyer von den Neustädter Bürgern verfolgt und bei dem Bahnhof Harthausen mit Hilfe von Bauern und Arbeitern gestellt. Die Separatisten verloren bei dem Kampf acht Tote, von denen sie vier auf der Flucht mitnahmen.

Aufruhr in Galizisch-Polen.

Meuterei der Krakauer Garnison.

* **Krakau**, 10. Nov. In Krakau ist eine offene Meuterei der Regimenter ausgebrochen. Die tausende bewaffneten Arbeiter übermältigten ohne Schwierigkeit die auf dem Marktplatz aufgestellte Schutzmannschaft, zu deren Hilfe dann die Krakauer Festungsgarnison geschickt wurde. Diese ließ sich glatt entwaffnen oder gab freiwillig ihre Waffen an die aufständischen Arbeiter. Das gleiche Verhalten zeigte die nun eingesetzte Kattowitzer und oberschlesische Infanterie, sobald die Arbeiter in den Ruf ausbrachen: Es lebe Pilsudski! Inzwischen wurden zwei Schwadronen Ulanen und eine Abteilung Infanterie mit Maschinengewehren eingesetzt und zwei Panzerautomobile vorgeschickt, von denen das eine scharf schoß. Das eine Auto wurde von den Arbeitern erobert, das andere unschädlich gemacht.

Der Kampf hörte erst auf, als der Woiwode und der Kommandierende General sich fügten und alle Soldaten in die Kasernen zurückzogen. Es gab über 30 Tote und über 200 Verwundete. Man befürchtet, daß die Aufruhrbewegung auf die stark polenfeindlichen Ukrainer übergreifen könnte. Die Regierung hat daher sämtliche Blätter in Lemberg verboten, die Nachrichten aus Krakau brachten. Die Bahnverbindung zwischen Lemberg und Krakau ist unterbrochen. Ein nach Krakau zu den Verhandlungen entsandter General wurde von tausenden von Arbeitern mit dem Rufe empfangen: Es lebe Pilsudski!

Die Krakauer Vorgänge machten einen solchen Eindruck auf die Regierung, daß sie den Sozialisten in Warschau fast alle Bedingungen erfüllte, um den Generalstreik beizulegen, obgleich dieser schon so gut wie völlig mißglückt war. Der Woiwode Polecki und der Krakauer Kommandierende General werden zur Verantwortung gezogen und vorläufig ihres Amtes enthoben.

Abgeltungsverfahren für Ansprüche gegen das Reich.

bb **Berlin**, 10. Nov. Zu der Verordnung über das Abgeltungsverfahren für Ansprüche gegen das Reich vom 24. Oktober 1923 werden folgende Ausführungsbestimmungen erlassen:

Im Hinblick auf die Finanzlage des Reichs kann die Abgeltung der Ansprüche nur nach billigem Ermessen unter Berücksichtigung einer gerechten Verteilung der Lasten des Krieges und der Nachkriegszeit erfolgen. Dies gilt insbesondere bezüglich der Verzugsschäden und der Geldentwertung. Valutaforderungen sind nach der Zeit ihrer Entstehung in Reichsmark umzurechnen und alsdann unter Berücksichtigung der vorstehenden Grundsätze abzugelten. Soweit ein Anspruch durch rechtskräftige Entscheidung oder durch einen vor dem Inkrafttreten der Verordnung abgeschlossenen Vergleich festgestellt ist, unterliegt er der Abgeltung nur insoweit, als wegen verspäteter Nichtbefriedigung gemäß § 5 der Verordnung weiterer Schade geltend gemacht wird. Soweit rechtmäßige Ansprüche gemäß § 2 der Verordnung in Frage kommen, beantragt diejenige Stelle, die den Reichsfiskus im Rechtsstreit vertritt, unmittelbar bei dem zuständigen Gericht die Aussetzung des Verfahrens und fordert gleichzeitig die Prozeßakten an. Kommt eine Einigung nicht binnen eines Monats seit der Bekanntmachung dieser Ausführungsbestimmungen zustande, so werden die Akten dem Reichsfinanzminister vorgelegt. Neue Ansprüche, die nicht bereits nach der Vertragsablösungsverordnung vom 8. August 1919 und der Vertragsabgeltungsverordnung vom 4. Dezember 1919 anzumelden waren, können nach Ablauf eines Monats nach Bekanntmachung dieser Ausführungsbestimmungen nicht mehr geltend gemacht werden. Die einmonatliche Einigungsfrist für diese Ansprüche beginnt mit dem Tage ihrer Anmeldung bei der zuständigen Stelle. Der Reichsfinanzminister bestellt eine aus drei beamteten Mitgliedern zusammengesetzte Kommission, die über die Ansprüche im Abgeltungswege endgültig entscheidet. Die Kommission kann zur Aufklärung des Sachverhalts eidesstattliche Versicherungen entgegennehmen. Die Kommission setzt ferner die Höhe des Streitwertes und die Verteilung der Kosten und Gebühren fest. Für das Einigungs- und Abgeltungsverfahren selbst kommen Gebühren für Parteien und Vertreter derselben nicht in Ansatz. Nach Abschluß des Verfahrens teilt die Kommission ihre Entscheidung dem für die Aussetzung des Verfahrens zuständigen Gericht oder der sonstigen Spruchbehörde mit, worauf diese das Verfahren einstellen. Bereits gezahlte Vorschüsse sind mit dem Wert vom Tage der Zahlung auf die endgültige Kostensumme anzurechnen. Eine Rückzahlung danach zuviel bezahlter Beträge findet nicht statt. Die im Einigungsverfahren vom Fiskus übernommenen Leistungen sind alsbald zu bewirken. Die Bezahlung der im Abgeltungsverfahren festgesetzten Beträge erfolgt nach Maßgabe der zur Verfügung stehenden Mittel.

Arbeitsfragen.

Goldlöhne im Versicherungsgewerbe.

bb **Berlin**, 10. Nov. Durch Schiedsspruch des im Reichsarbeitsministerium zusammengetretenen Reichsschlichtungsausschusses für das Versicherungsgewerbe vom 5. November ist bei wöchentlicher Zahlung ein Monatsgehalt für die Angestellten in Goldmark festgesetzt worden, das sich zwischen 46,60 (Gruppe 4 Mindestgehalt) und 104,80 (Gruppe 1 Höchstgehalt) Goldmark bewegt. In der ersten Novemberwoche sollen 10 v. H., in der zweiten Woche 20 v. H. in wertbeständigen Zahlungsmitteln ausgezahlt werden. Soweit in Reichsmark bezahlt wird, ist der an der Berliner Börse am Tage vor der Auszahlung (regelmäßig Donnerstag) amtlich festgesetzte Kurs der Goldanleihe (oder der zuletzt festgesetzte Kurs) für die Umrechnung entscheidend.

Zeichen der Zeit.

Eine Witwe in Clausthal, die sich mit Viehzucht ernährt, verkaufte vor geraumer Zeit ein Kalb für eine Million Mark. In dem Bestreben, das Geld zusammenzuhalten, wie sie es von früher her gewohnt war, trägt sie es zur Sparkasse. Nach längerer Zeit holt sie ihre Million, um sich Lebensmittel zu kaufen, kann aber für ihr schönes Geld nur noch einen Hering bekommen. Wer denkt da nicht an „Hans im Glück". Einen Hering für ein Kalb, nur mit dem Unterschiede, daß die Frau bitterlich geweint hat.

Eine Frau aus Schladen bei Halberstadt, die sich wohl in die jetzigen Wirtschaftsverhältnisse nicht hineinfinden konnte und deren Spargroschen durch die elenden Zustände entwertet sind, wollte nach Braunschweig fahren und dort einige Einkäufe erledigen. Auf dem Bahnhofe mußte sie erfahren, daß ihr Geld noch nicht zur Fahrkarte nach Braunschweig (früher 60 Pfg.) reichte, viel weniger zu Einkäufen. Die Frau mußte wieder umkehren, und am anderen Morgen fand man sie erhängt tot in ihrer Wohnung.

In Obercunnersdorf bei Löbau war aufgefallen, daß mehrere alte Leute sich seit einigen Tagen nicht mehr sehen ließen. Als man nach ihnen forschte, fand man sie in den Betten liegend vor. Sie erklärten, daß sie den Hungertod im Bette erwarten wollten. Diese Tatsache beleuchtet blitzartig die ganze abgrundtiefe Not unseres Volkes.

Durch das Emporschnellen des Dollarkurses und der dadurch bedingten Lebensmittelpreissteigerung wurden in Osnabrück in letzter Zeit, viele, meist ältere Leute geistesgestört. So sind kürzlich an einem Tage 15 Personen in die Irrenanstalt eingeliefert worden. Auch nehmen die Selbstmorde erschreckend zu.

Wie aus Dresden mitgeteilt wird, können die vom Ministerium für Volksbildung aus Staatsmitteln zu zahlenden Fahrgelder und Unterstützungen, da die Portokosten die in Betracht kommenden Beträge weit übersteigen, nur noch dann gezahlt werden, wenn ihre Abhebung bei der Ministerialkasse unmittelbar erfolgt.

An einem zum Gute Radau bei Harzburg gehörigen Erbsenfelde haben sich schon seit zwei Tagen große Menschenmassen angesammelt, die auf das Abfahren der Erntestiegen warteten. Schon von Sonnenaufgang an belagerten die Leute das Erbsenfeld, und als schließlich nachmittags der letzte Erntewagen vom Acker fuhr, stürmten etwa 2000 Personen auf das Erbsenfeld und lasen die liegengebliebenen Erbsen auf. Die Leute waren zu diesem Erbsenlesen auf Vieneburg, Osler, Harlingerode und allen anderen Orten des Amtsbezirks zusammengekommen.

Der 40jährige verheiratete Ingenieur Ernst Maier aus Heidelberg ist an Erschöpfung gestorben. Er war vor längerer Zeit in Regensburg stellungslos geworden und hoffte in Pfarrkirchen Arbeit zu finden. Da er das zur Arbeit nötige Geld nicht besaß, wanderte er zu Fuß. Infolge Erschöpfung und Hunger, er war zu stolz um zu betteln, konnte er den Rest des Wegs nicht mehr zurücklegen, und starb im Krankenhaus.

In Heidelberg hat der 62 Jahre alte Dr Max Wichmann, seit 1900 Chefredakteur des „Landauer Anzeigers", zusammen mit seiner Frau durch Leuchtgas Selbstmord verübt. Dr Wichmann war bei Besetzung der Pfalz wegen seiner deutschen Gesinnung von den Franzosen auf die schwarze Liste gesetzt worden und deshalb nach Heidelberg übergesiedelt. Weder er noch seine Frau, die Malerin war, konnten hier Fuß fassen und gerieten in bittere Not. Am Sonnabend hatte der Hauswirt wegen rückständiger Miete eine Pfändung vornehmen lassen und Klage auf Wohnungsräumung angestrengt. Dies war der unmittelbare Anlaß, der das Ehepaar in den Tod trieb.

An die deutschen Zeitungsleser.

Von jetzt ab berechnen die deutschen Zeitungen ihre Bezugsgelder in Goldmark. Es bedarf keiner besonderen Begründung, daß die Bezugspreise in Gold, die die deutschen Zeitungsverlage jetzt erheben müssen, nicht etwa sich dem Friedenspreise anpassen können, sondern um ein Vielfaches darüber liegen müssen. Jedem, der sich vergegenwärtigt, daß die sämtlichen Herstellungskosten der Zeitungen heute weit über den Friedenspreisen liegen, wird dieses durchaus verständlich erscheinen. Der Anzeigenteil, aus dem in der Vorkriegszeit in der Hauptsache die Herstellungskosten der Zeitungen gedeckt worden sind, ist zum größten Teil verschwunden. Der Bezieher, der früher durch das Bezugsgeld in der Regel nicht einmal den Preis des für die Zeitung verwandten Papiers bezahlte, der die Zeitung also zu einem großen Teil geschenkt erhielt, stellt heute die wichtigste Einnahmequelle der Zeitung dar. Schon diese Tatsache zwingt die Zeitungsverleger dazu, einen wesentlich höheren Preis als im Frieden festzusetzen. Außerdem sind aber auch die Materialien ausnahmslos weit über dem Friedensstand angelangt. So ist beispielsweise das Papier, der wichtigste Rohstoff für die Zeitungsherstellung, rund 50 Prozent teurer als im Frieden. Ganz enorm angeschwollen sind die Ausgaben für den Redaktions- und Nachrichtendienst. Es ist allbekannt, daß auch in England, Frankreich und Italien usw. die allgemeine Lebenshaltung kostspieliger geworden ist als vor dem Kriege. Daraus erklärt sich die Steigerung aller Ausgaben für den Nachrichtendienst von selbst. Wenn infolge des allgemeinen Niederganges des Wirtschaftslebens die Auflagenhöhe aller deutschen Zeitungen ohne Unterschied stark zurückgegangen ist, so können die Zeitungen trotzdem ihren Redaktionsstab, das technische und kaufmännische Personal, die Aufwendungen für technische Betriebsmittel nicht in einem Umfange einschränken, der die Regiekosten verringern würde — im Gegenteil verteilen sich diese auf eine kleinere Produktionsmenge und wirken daher auf die einzelnen Stücke der Zeitung verteuernd.

Nicht vergessen werden dürfen die außerordentlich angewachsenen Steuern — die Anzeigensteuer und die Betriebssteuer, die es im Frieden nicht gab, sowie alle anderen Steuern, die im Vergleich zum Frieden eine gewaltige Erhöhung erfahren haben.

Alles dieses macht es zur Unmöglichkeit, daß die jetzigen Goldmarkpreise sich in der Höhe der Friedenspreise halten. Die Leserschaft wird sich diesen zwingenden Gründen nicht verschließen.

Verein Deutscher Zeitungs-Verleger
(Herausgeber der deutschen Tageszeitungen) E. V.

Handel und Industrie.

Börsenstimmungsbild.

wtb. **Berlin**, 12. Nov. (Tel.) Die Börse eröffnete heute in fester Haltung. Die Erleichterung des Geldmarktes und die vielfach herrschende Annahme einer bevorstehenden Heraufsetzung der Devisenkurse veranlaßten nach den bedeutenden Rückschlägen der vorigen Woche eine ziemlich umfangreiche Kauflust. Die Steigerungen bei der Festsetzung der ersten amtlichen Kurse waren teilweise recht erheblich und überstiegen namentlich am Montanmarkte, aber auch nur für einige Elektrizitäts-, Waggon- und Maschinenfabrik- und namentlich auch für einige Schiffahrtsaktien das doppelte des bisherigen Standes. Besonders hervorzuheben waren Gelsenkirchen, Harpener, Hohenlohe, Oberschlesische Eisenindustrie, Phönix, Rheinstahl, Siemens-Halske und Görlitzer Waggon, von den Schiffahrtsaktien Kosmos, von den Bankaktien Commerz- und Privatbank, Mitteldeutsche Creditbank. Nach Befriedigung der Kauflust zeigte sich vorübergehend eine leichte Abschwächung, bald aber zeigte sich neue Käufer und die anfänglichen Verluste wurden meist wieder ausgeglichen, mitunter gingen die Kurse noch über den ersten Stand hinaus. Valutapapiere wurden wesentlich höher bewertet. Die Devisenkurse wurden unverändert festgesetzt.

Amtliche Berliner Devisenkurse.

	10. November		12. November	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Holland 1 Guld.	243390	244610	243390	244610
Buenos-Aires.	197505	198495	197505	198495
Belgien 1 Fr.	30923	31077	30923	31077
Norwegen 1 Kr.	93765	94235	93765	94235
Dänemark 1 Kr.	107730	108270	107730	108270
Schweden 1 Kr.	165585	166415	165585	166415
Finnland 1 M.	16957	17043	16957	17043
Italien 1 Lire	27930	28070	27930	28070
England	2.793000	2.807000	2.793000	2.807000
New York 1 D	628425	631575	628425	631575
Paris 1 Frk.	35910	36090	35010	36090
Schweiz 1 Frk.	111720	112280	111720	112280
Spanien 1 Pes.	83790	84210	83790	84210
Japan	305235	306765	305525	306765
Rio de Janeiro	55860	56140	55860	56140
Wien 100 Kr.	8977	9023	8977	9023
Prag 1 Kr.	18354	18446	18354	18440
Budapest 1 Kr.	33915	34085	33915	34085
Sofia	5785	5815	5785	5815
Jugoslawien	7371	7419	7371	7419

(Alles in Millionen Mark.)

Zugeteilt wurden von Devise Finnland 4 Prozent, Buenos Aires 5 Prozent, auf alle übrigen Devisen wurden 2 Prozent zugeteilt.

Aus Nah u. Fern.

Die Devisenrazzia.

wtb. **Köln**, 10. Nov. Die Kriminalpolizei nahm gestern abend vor einem Bankhaus in der Schildergasse gegenüber dem Kaufhaus Tietz etwa 300 Personen wegen verbotenen Devisenhandels fest, darunter 20 Frauen. Gegen 30 Personen, darunter fünf Frauen, wurde das Strafverfahren wegen verbotenen Devisenhandels eingeleitet. Es wurden etwa zwei mal 1000 Billionen Mark in ausländischem Gelde beschlagnahmt.

Polizeibeamter von einem Straßenräuber erschossen.

wtb. **Köln**, 12. Nov. (Tel.) In der ersten Hälfte des vorigen Monats hielten sich in Köln zwei wahrscheinlich von auswärts gekommene Männer auf, die an verschiedenen Tagen in den späten Abend- und ersten Nachtstunden in einsamen Straßen sich bewegenden Personen anhielten und unter Vorhalten eines Revolvers Geld zu erpressen versuchten. Als am 9. Oktober, kurz vor 12 Uhr nachts, der in Zivilkleidung zufällig des Weges kommende Polizeioberwachtmeister Hermann Bauer, der die beiden beobachtet hatte, zur Feststellung der Täter schreiten wollte, erhielt er von einem derselben einen Schuß in die Brust, der ihn auf der Stelle niederstreckte. An den Folgen er erhaltenen schweren Verletzung ist Bauer am 26. Oktober gestorben. Als Täter kommen zwei junge Leute in Verdacht, die hier in der Zeit vom 14. bis 17. Oktober in einer Speisewirtschaft logiert haben. Sie nannten Egon Fürstenberg aus Krefeld und Hans Bückler oder Pückler. Zu diesen gesellte sich in ihrem Logis ein dritter Mann, der sich Alex Eichenauer nannte. Die angegebenen Namen dürften falsch sein. Die Täter werden wie folgt beschrieben: Beide ungefähr 1.75 bis 1.80 Meter groß, schlank, mittelkräftig, glattrasiert, schmales Gesicht; hochdeutsch, jedoch keinen Kölner oder rheinischen Dialekt sprechend. Bekleidet war der eine mit hellem Sommerüberzieher, hellem Hut mit breitem Rand, steifem Umlegekragen mit langer Krawatte. Der zweite Täter, von dem der Schuß abgegeben worden ist, trug dunklen, auf Taille gearbeiteten Paletot, dunklen Schnitthut und dunklen Schal. Personen, die irgend welche zur Ermittlung der Täter geeignete Beobachtungen gemacht haben, werden gebeten, sich an die nächste Polizeidienststelle oder an das Kriminalkommissariat hier, am Weidenbach 10, Zimmer 62, zu melden.

Devisenhändler verhaftet.

wtb. **Köln**, 12. Nov. (Tel.) Wegen verbotenen Devisenhandels nahm die Kriminalpolizei wieder vier Personen fest. Eine Menge Devisen konnte bei den Festgenommenen beschlagnahmt werden.

Grabdenkmäler gegen Kartoffeln zu tauschen.

wtb. **Köln**, 12. Nov. (Tel.) Die Kartoffelnot in der Großstadt Köln beweist folgendes: In den letzten Tagen sind, wie man auch aus den Inseraten in den verschiedensten Tageszeitungen ersehen kann, viele Einwohner von Köln und den Vororten dazu übergegangen, u. a. Grabdenkmäler und Friedhofskreuze, sowie Möbel der verschiedensten Art und alle möglichen Kleidungsstücke gegen Kartoffeln zu tauschen zu suchen. In den meisten Fällen sind viele Einwohner gar nicht in der Lage, die Kartoffeln mit Bargeld zu bezahlen.

Raubüberfall.

wtb. **Köln**, 12. Nov. (Tel.) Ein schwerer Raubüberfall wurde am Samstag abend auf dem Mauritiussteinweg verübt. Dort drangen vier junge Burschen in ein Etagengeschäft ein und raubten mit vorgehaltenen Revolvern vier Herrenanzüge, worauf sie die Ladentür hinter sich zuschlossen, so daß die Ladeninhaber, ein Ehepaar, sie nicht verfolgen konnten. Die Räuber sind unerkannt entkommen.

Handel mit deutschem Papiergeld in Wien.

* **Wien**, 9. Nov. Seit einigen Tagen wurden hier auf der Straße zu Reklamezwecken deutsche Papiergeldscheine in großen Mengen verteilt. Die Polizei hat diesen Unfug streng verboten und heute meldet der Polizeibericht darüber Näheres. Eine Reihe Kaufleute und Straßenhändler geben aus bergehoch aufgestapelten Millionenmarkscheinen den Kunden einen oder mehrere je nach der Höhe des Einkaufs als „Draufgabe". Andere wieder lassen diese Banknoten, mit der Geschäftsadresse bedruckt, als Reklamezettel verteilen. Noch andere verkaufen Markscheine ganz offen auf der Straße, ohne ein bestimmtes Entgelt zu verlangen, und überlassen es der Freigebigkeit des einzelnen, den Gegenwert in österreichischen Kronen zu bemessen. Gerade diese Art von Händlern soll einen ziemlich großen Verdienst einheimsen. Gestern wurden bei einer polizeilichen Streife 28 solcher Personen angehalten. Die meisten von ihnen sind erwerbslose Ausländer. Die Polizei kündigt die Fortsetzung der Amtshandlungen an.

In diesem Zusammenhang sei erwähnt, daß die Zahl der Flüchtlinge aus Deutschland, namentlich Juden aus Berlin und München, in den letzten Tagen hier stark angewachsen ist. Ihre Schilderungen über die Gewalttätigkeiten, denen sie ausgesetzt waren, füllen die Spalten der Presse. Die meisten erklären, sich nur vorübergehend in Wien aufhalten und sich dann nach England oder Amerika begeben zu wollen.

Abonniert die „Schwerter Zeitung"!

Wochenabonnement: 200 Milliarden, Einzelnummer: 40 Milliarden Mk.

Zum Geleit.

Zögernd kommt die Zukunft hergezogen,
Dreifach ist der Schritt der Zeit:
Pfeilschnell ist das Jetzt entflogen,
Ewig still steht die Vergangenheit.

Schiller, Sprüche des Konfuzius.

Aus Stadt und Land.

Schwerte, den 13 November 1923.

Sensationen.

Auf dem Gebiet der inneren Politik sind wir nun schon bei dem Kapitel „Sensationen" angelangt. Am letzten Sonntag und Montag sind in vielen Orten noch die unzutreffenden Meldungen im Umlauf gewesen, der bayerische Staatskommissar von Kahr habe ein Ultimatum nach Berlin gesandt, und an der Grenze seien Schüsse gewechselt worden. Daß diese Nachrichten nicht glaubwürdig waren, hat wohl jeder ruhigdenkende Mensch sofort eingesehen, aber bedauerlich ist, daß solche Sensationen überhaupt auftauchen und schließlich von nicht wenigen Leuten geglaubt werden konnten, die meinten, etwas müßte oder könnte doch daran sein. Daß dieser Alarm im Auslande zum Teil für wahr genommen wurde, kann danach erst recht nicht befremden.

Dieser Sensationsklatsch sollte allen eine dringende Warnung sein, denn daß fünf Jahre nach Errichtung der deutschen Republik die Möglichkeit, wenn auch nur im Gerücht, verbreitet werden konnte, ein deutscher Freistaat sei drauf und dran, dem andern den Krieg zu erklären, ist eine sehr unerfreuliche Tatsache. Wer von der Gefahr eines Bürgerkrieges hört, der denkt, wo Rauch ist, da ist auch Feuer. Und an leichtfertigen Personen fehlt es nicht, welche die Mißlichkeit der Lage im deutschen Reiche noch übertrieben haben, so daß alles Schlechte zu gehässigen Zwecken ausgebeutet werden kann.

Was ein Bürgerkrieg in Deutschland bedeuten würde, das haben sich alle diejenigen nicht klar gemacht, die solchen Gerüchten auch nur ein Körnchen Wahrheit beimessen. Das ist nicht wie 1866, wo es sich um einen ehrlichen Soldatenkampf gehandelt hat, sondern er würde die Entfesselung der Leidenschaften in Stadt und Land bedeuten. Die wiederholten Putsche, die wir in einzelnen Teilen Deutschlands in den ersten Nachkriegsjahren erlebt haben, sind mit einem wirklichen Bürgerkrieg nicht zu vergleichen, wenn sie auch schon bedenklich genug waren. Wenn die Bande aller frommen Scheu gelockert sind, weiß niemand, was da kommen kann.

Wenn es in den Sensationsmeldungen hieß, das Vorgehen des Herrn v. Kahr in München richte sich nur gegen Berlin, so kann das in den Auffassungen von der Verwerflichkeit eines Bürgerkrieges nichts ändern. München und Berlin stehen einander nicht allein gegenüber, hinter ihnen steht das Volk, oder doch wenigstens größere Volksgruppen. Das weiß auch Herr von Kahr ganz genau, und wer ein guter Deutscher und Bayer zugleich ist, weiß, daß ein solcher Schritt nicht mit dem Worte Cäsars an Rubicon: „So soll denn der Würfel geworfen sein!" zu vergleichen ist. Da stehen heute ganz andere Schicksale von Völkern auf dem Spiel.

Die Deutschen von heute haben meist vergessen, wie es vor 1807 in ihrem Vaterlande ausgesehen, wie bescheiden man damals gelebt und sich in allen Anforderungen an das Leben eingerichtet hat. Ein Bürgerkrieg könnte nicht nur diese Verhältnisse wiederholen, sondern die Lebenshaltung und die Arbeitstätigkeit von damals noch verringern. Von der Zuspitzung der persönlichen Gegensätze in allen Kreisen soll dabei noch gar nicht einmal gesprochen werden.

Das sind die Aussichten und Möglichkeiten, die solche Zukunftskonflikte bieten könnten, und darum sollen wir uns hüten, mit einer Art von wollüstigem Grausen darauf einzugehen, sondern jeden Gedanken daran kurzer Hand abweisen. Bürgerkrieg bedeutet Volkskrach, und es könnte dann schlimmer kommen, als wir uns denken können.

*

*— **Die Auszahlung der Nachzahlung für die erste Novemberhälfte in der Klein- und Sozialrentnerfürsorge erfolgt am Donnerstag, den 15 November ds. Js., vormittags von 9 bis 12 Uhr bei der Stadtkasse.**

—* **Ausgabe der Rentenmark.** Zunächst werden am 15. November 293 Millionen Rentenmark ausgegeben. Diese werden an die Beamten, die Reichsarbeiter und die Kassen des Staates zur Ausgabe gelangen. Die Reichsregierung nimmt an, daß sie von hier aus ohne weiteres in den allgemeinen Verkehr dringen werden. Es sei übrigens bemerkt, daß die Bestimmung, derzufolge am 15. November die Notenpresse stillgelegt wird, nicht so zu verstehen ist, als ob mit dem Ende dieses Tages die Ausgabe der Papiermark vollständig aufhört. Da vielmehr laufende Verpflichtungen des Reiches noch bestehen, muß möglicherweise der Notendruck einige Tage noch fortgesetzt werden.

—* **Sozial- und Kleinrentnerfürsorge.** Zu der für die erste Novemberhälfte gewährten Sozialrentner- und Kleinrentnerunterstützung, die (ohne Familienzuschläge) im Höchstfall 45 675 000 000 M. betrug, tritt nach der Verordnung vom 2. ds. Mts. eine Nachzahlung bis zum Dreieinhalbfachen dieser Unterstützung; der Höchstbetrag der Nachzahlung ist daher 159 863 000 000 M. Die Nachzahlung soll möglichst beschleunigt erfolgen. Die erforderlichen Reichsmittel sind den Ländern und Regierungspräsidenten bereits zugeleitet. Mit Rücksicht auf die besondere Teuerung der letzten Tage wird beabsichtigt, die Unterstützung für die zweite Novemberhälfte schon vor dem 15. November, und zwar möglichst bald nach der Veröffentlichung der maßgebenden Reichsindexzahl vom 8. ds. Mts. auszuzahlen.

—* **Wohnungstausch.** Durch das neue Wohnungsmangelgesetz ist der Wohnungstausch unter folgenden Voraussetzungen grundsätzlich freigegeben: Die Tauschparteien müssen im Besitze selbständiger benutzter Wohnungen sein und entweder vor dem 1. Januar 1914 in Deutschland ihren Wohnsitz gehabt haben, oder deutsche Flüchtlinge oder Vertriebene sein. Dem Tausch müssen die Vermieter schriftlich zugestimmt haben. Verweigert ein Vermieter die Zustimmung, so kann sie von dem Mieteinigungsamt ersetzt werden. Die Tauschparteien haben zwar auch beim Vorliegen dieser Voraussetzungen noch die Genehmigung des Wohnungsamtes nachzusuchen. Dieses hat lediglich zu prüfen, ob die Voraussetzungen gegeben sind. Ist dies der Fall, so muß es die Genehmigung erteilen. Erhalten die Tauschparteien innerhalb 14 Tagen von dem Wohnungsamt keinen Bescheid, so gilt die Genehmigung als erteilt. Das Wohnungsamt ist nicht mehr berechtigt, den Tausch mit der Begründung zu versagen, daß bei Durchführung des Tausches eine Tauschpartei eine zu große Wohnung erhalten würde. Es bleibt jedoch berechtigt, nach Durchführung des Tausches etwa entbehrliche Räume zu beschlagnahmen, soweit eine Beschlagnahme nach den für die Gemeinde geltenden Vorschriften zulässig ist.

—* **Stand der Herbstsaaten im Deutschen Reiche Anfang November 1923.** In den ersten drei Wochen des Oktober war die Witterung meistens regnerisch und teilweise kühl, dann trat trockenes und mildes Wetter ein, das bis zum Monatsende anhielt. Die vorwiegend feuchte Witterung beeinflußte das Aufgehen der bereits im Boden befindlichen Herbstsaaten äußerst günstig und förderte auch das Wachstum der Wiesen und Weiden, die trotz der vorgeschrittenen Jahreszeit dem Weidevieh vielfach noch reichlich Nahrung bieten. An Schädlingen werden vor allem Ackerschnecken und Mäuse, aber auch Saatkrähen genannt, die den jungen Saaten erheblichen Schaden zufügen. Die Herbstbestellung der Felder hat sich hauptsächlich durch die verspätete Aberntung stark verzögert und ist namentlich auf schweren Böden noch sehr rückständig. Die nachstehend errechneten Reichsnoten geben daher noch kein vollständiges Bild von dem Stande des gesamten ausgesäten Getreides, sondern beziehen sich nur auf die bereits aufgelaufenen Saaten. Soweit die Saaten aufgelaufen sind, werden sie fast durchweg als günstig beurteilt. Selbst die frühzeitige Aussaat, die stellenweise wegen Trockenheit ungleich aufgelaufen war, hat sich nach den reichlichen Niederschlägen der letzten Zeit wesentlich erholt. Unter Zugrundelegung der Zahlennoten 1 gleich sehr gut, 2 gleich gut, 3 gleich mittel, 4 gleich gering, 5 gleich sehr gering, ergibt sich im Reichsdurchschnitt für Weizen 2,6 (im November 1922 gleich 3,1), Spelz 2,2 (3,2), Roggen 2,6 (3,1) und Gerste 2,5.

—* **Schonendere Behandlung der Postpakete.** Die schonende Behandlung der Pakete mit lebenden Tieren, Obst, Eiern, Glaswaren, Zigarren und ähnlichen leicht zerbrechlichem Inhalt ist den Postämtern jetzt von neuem dringend zur Pflicht gemacht worden. Die Pakete dürfen nicht geworfen werden. Sie müssen von Hand zu Hand gegeben und stets so verladen und gelagert werden, daß sie nicht zur Erde fallen können und keinem Druck ausgesetzt sind. In gleicher Weise ist mit großen Pappschachteln, die Hüte oder Putzwaren enthalten, zu verfahren. Bei Sendungen dieser Art ist besonders auf die sachgemäße Lagerung zu achten, damit nicht die gegen Druck wenig widerstandsfähigen großen Schachteln von schweren darauf gestapelten Paketen, scharfkantigen Kisten und dergl. beschädigt werden. Die Pakete sollen überhaupt pfleglich behandelt werden. Geworfen sollen die Pakete überhaupt nicht werden. Die Postverwaltung begründet dies aber nicht mit der Rücksicht auf die Versender oder Empfänger, sondern wegen der Summen, die die Post an Ersatzleistungen für beschädigte Pakete jährlich zu zahlen hat.

—* **In der gestrigen Nummer unterlief uns unter der Rubrik „Handel und Börse" ein Irrtum, in dem sich bei den amtlichen Produktennotierungen die Preise nicht für 50, sondern für 1000 Kg. verstehen.**

*

—* **Ergste.** Der Verwaltungsassistent Ernst Vogt hier, der an der Stadtverwaltung in Hohenlimburg tätig ist, bestand an der Verwaltungsbeamtenschule zu Hagen die Obersekretärprüfung

Aus den Provinzen.

Dortmund. Gestern nachmittag 6 Uhr wurde der Polizeipräsident von Dortmund, Herr Tresko von den Franzosen ausgewiesen

Essen. (Aufgedeckter schwerer Einbruch.) In der Nacht zum 27. Oktober wurde in dem Lederwarengeschäft von Adam Saropzik am Burgplatz ein Einbruchsdiebstahl verübt, bei dem die Diebe außerordentlich reiche Beute im damaligen Werte von vielen Billionen Lederwaren machten, für deren Herbeischaffung der Bestohlene 100 Dollar Belohnung ausgesetzt hatte. Es handelt sich um eine Einbrechergesellschaft von fünf Personen, und zwar um die Arbeiter Albert Nawrot aus Essen und Bruno Müller aus Sterkrade, ferner um die Arbeiter Fritz Voß und Johann Arzt aus Essen. Während die beiden erstgenannten Einbrecher inzwischen verhaftet werden konnten, ist es den beiden Helfershelfern gelungen, die Flucht zu ergreifen. Die Persönlichkeit des fünften Spießgesellen hat bislang nicht festgestellt werden können. Die Einbrecher haben die Eisenstangen aus der Wand gebrochen und sind so durch die Fenster in das Geschäftslokal gelangt.

Bielefeld. (Kartoffelschwindeleien.) Auf Veranlassung der Staatsanwaltschaft sind die Inhaber der hiesigen Firma Theodor Schulz & Comp., Produktenhändler Otto Dahle und Robert Sonntag wegen Kartoffelschwindeleien verhaftet worden. Sie haben sich in einer Reihe von Fällen Vorschüsse für Kartoffellieferungen geben lassen, die Leute aber hingehalten und ihnen nach Wochen die eingezahlten Beträge unaufgewertet zurückgezahlt mit dem Bemerken, sie hätten keine Kartoffeln bekommen können. Infolge der Geldentwertung sind die Auftraggeber schwer geschädigt worden. Es kommt noch hinzu, daß die Firma keine Erlaubnis zum Einkauf von Kartoffeln hatte.

Bielefeld. (Einen nicht üblen Scherz) hat sich am Samstag eine Einwohnerin des Landkreises geleistet, die vor kurzem wegen eines Vergehens zu fünf Milliarden Mark Geldstrafe verurteilt worden war. Diese Frau erschien vorgestern mittag nach 12 Uhr, also kurz vor Dienstschluß, bei der Gerichtskasse, um ihre Strafe zu bezahlen. Sie hatte fünf Milliarden in kleinen Scheinen auf einen Bollerwagen in Säcke verpackt mitgebracht und präsentierte dem Kassenrendanten diese Säcke mit Geld zur Annahme. Die Kassenbeamten hätten voraussichtlich tagelang zählen müssen, um den Betrag festzustellen und daher wurde die Annahme abgelehnt. Die Frau zog darauf mit ihrem Bollerwagen voll Papiergeld, der durch ein Plakat „5 Milliarden Geldstrafe" geziert war, wieder nach Hause.

Köln. (Plünderung eines mit Schuhwaren beladenen Wagens.) Am Freitag wurde in der Severingstraße ein mit Schuhwaren beladener Wagen ausgeplündert. Auch eine Fleischerei wurde ausgeraubt. Die Schuhdiebe konnten festgenommen werden. Aus Heuren anmarschierende junge Burschen in Stärke von etwa 50 Mann, die zweifellos Plünderungen beabsichtigten, wurden rechtzeitig von der Polizei zerstreut.

Wattenscheid. (Eine neue Arbeitsregelung in den Gruben) haben jetzt die beiden Schächte der Zeche „Holland", der alte wie der neue Schacht, insofern eingeführt, als nur noch eine Förderschicht verfahren wird. Diese Schicht, die des Vormittags eingelegt ist, wird nur von Verheirateten gemacht. Die Unverheirateten sind der Erwerbslosenfürsorge zugeführt worden. Die Verwaltung hofft dadurch, in Zukunft weitergehende Feierschichten vermeiden zu können, wenn den Absatzmöglichkeiten und der Lohngeldbeschaffung nicht noch größere Schwierigkeiten bereitet werden. Diese Arbeitsregelung hat jedoch nur vorläufigen Charakter.



Dr v Knilling, bayr Ministerpräsident wurde von den Aufrührern verhaftet. Zum Kabinettssturz in Bayern.

Im Kampf um Liebe.

Roman von Rudolf Zollinger.

12] (Nachdruck verboten.)

„Oh, verzeihen Sie, wenn der Ausdruck unglücklich gewählt war. Wir Amerikaner sind eben nicht gewöhnt, viele Umschweife zu machen. Und es ist nun einmal unsere Art, die Dinge des Lebens zunächst von der praktischen Seite anzusehen. Darüber aber, daß Sie nicht eben praktisch verfahren sind, kann doch wohl keine Meinungsverschiedenheit bestehen! Mochte immerhin ein Teil von Ihres Onkels Vermögen aus nicht ganz lauteren Quellen geflossen sein; das meiste hatte er doch jedenfalls dadurch erworben, daß er als ein guter Geschäftsmann mit seinem Pfunde zu wuchern verstand!"

„Und ich kann beim besten Willen nicht erkennen, inwiefern durch Ihren Verzicht irgend etwas wieder gutgemacht würde an Dingen, die nicht mehr zu ändern sind!"

„Herr Langheld, ich bitte — —"

„Mein Himmel, was verschlägt es Ihnen, wenn Sie mich ausreden lassen? Nachher bleibt Ihnen immer noch Zeit genug, mich hinauszuwerfen, wenn Sie es für durchaus notwendig halten sollten. Angenommen, Jens Jenssen hätte irgendwo in Amerika ein Spielhaus oder meinetwegen etwas noch Schlimmeres unterhalten, und angenommen sogar — was ich für keineswegs ausgemacht halte —, es wären in diesem Hause durch seine Schuld etliche Existenzen ruiniert worden — würde auch nur eine einzige von ihnen dadurch wiederhergestellt werden, daß Sie das von Ihrem Onkel erworbene Geld jetzt abermals in unsaubere Hände gelangen lassen? Sie, mein lieber Herr Rodeck, sind ein Ehrenmann und ein Mann von empfindlichem Gewissen. In Ihrem Besitz könnte dieses Vermögen vielen zum Segen gereichen. Und darin würde immerhin eine Art von Sühne zu erblicken sein für das, was Jens Jenssen seinem Vermögen zuliebe gesündigt haben mag. Ist das nicht ganz logisch und einleuchtend?"

„Das ist Sache der persönlichen Auffassung, und mir will vor allem scheinen, daß wir viel zu viel Atem an einen völlig zwecklosen Disput verschwenden! Ehe ich mich darüber entscheiden kann, ob ich die Hinterlassenschaft meines Oheims annehme, oder ob ich sie ausschlage, muß sie mir doch wohl vor allem erst angetragen worden sein. Und ich bin ganz sicher, mein werter Herr Langheld, daß das niemals geschehen wird. Mein Oheim hat mir am Schlusse unserer letzten Unterredung rundheraus und mit unzweideutigster Entschiedenheit erklärt, daß ich nicht einen Pfennig von ihm erben würde. Es ist mehr als wahrscheinlich, daß er rechtzeitig Vorsorge getroffen hat, diesem seinem Entschlusse Geltung zu verschaffen!"

„Freilich hat er das getan! Schon vor zwei Jahren hat er ein Testament errichtet, darin allerlei gemeinnützige Institute und wohltätige Stiftungen zu Erben seines Vermögens eingesetzt wurden."

„Nun also! Dann ist ja alles in schönster Ordnung! Er hätte über sein Sündengeld nicht besser verfügen können als auf solche Art."

„Allerdings! — Vorausgesetzt, daß es bei dieser letztwilligen Bestimmung sein Bewenden behalten hätte. Aber mein alter Freund Jenssen hat kurz vor seinem Ende eine unverzeihliche Torheit begangen. Wußten Sie denn nicht, daß er eben im Begriff stand, sich wieder zu verheiraten?"

„Nein, davon wußte ich nichts. Und es würde mich auch nicht im geringsten interessiert haben!"

„Ja, er wollte sich wieder verheiraten. Und wenn ich Ihnen sage, daß seine Verlobte ein sehr junges und sehr schönes Mädchen ist, so brauche ich wohl nicht erst hinzuzufügen, daß sie sich nicht aus unbezwinglicher Leidenschaft entschlossen hatte, die Frau eines alternden, ungeschlachten und jedenfalls bildhäßlichen Mannes zu werden!"

„Ob sie es aus Leidenschaft oder aus irgendeinem anderen Beweggrunde werden wollte — was kümmert es mich?"

„Oh, es sollte Sie doch ein wenig kümmern! Diese junge Dame ist nämlich nach meiner Schätzung eine recht gefährliche Person, und ich will nicht Wilhelm Langheld heißen, wenn seine Vernarrtheit in sie dem armen Jens nicht zum Verhängnis geworden ist."

„Zum Verhängnis? — Wieso?"

„Von dem Augenblick an, da der Zufall ihn zum erstenmal mit ihr zusammengeführt hatte, hat diese raffinierte Brasilianerin alle ihre Künste spielen lassen, um den täppischen alten Burschen ins Garn zu locken. Und als er erst mal darin zappelte, gab es kein Entrinnen mehr für ihn. Sie war klug genug, ihm nichts zu gewähren und ihn dadurch nach und nach geradezu tollzumachen nach dem, was sie vermeintlich zu gewähren hatte. Zuletzt hatte sie ihn glücklich so weit, daß sein bißchen Verstand ganz und gar in die Brüche ging, sobald es sich um die schöne Luisa und um die Befriedigung eines von ihr gehegten Wunsches handelte. Leute in unseren Jahren werden immer gleich kindisch, wenn sie das Unglück haben, sich noch einmal zu verlieben. Aber wie ich den guten Jens kenne, würde die Raserei schwerlich von langer Dauer gewesen sein. Die Ehe hätte ihn sicherlich sehr bald ernüchtert. Und es ist keineswegs ausgemacht, daß die schöne Luisa an seiner Seite immer auf Rosen gebettet gewesen wäre."

„Das alles mag für Sie äußerst interessant sein; für mich aber — lassen Sie mich endlich ohne allen Rückhalt sprechen — ist es äußerst gleichgültig! Und ich darf Ihnen nicht verhehlen, daß ich mich mitten in einer Arbeit befinde, für die ich Zeit und Stimmung brauche. Haben Sie einen bestimmten Wunsch, dessen Erfüllung Sie von mir erwarten, oder eine Frage, auf die ich Ihnen antworten soll, — so kommen Sie, bitte, endlich damit heraus!"

„Das nenne ich: einem Menschen die Pistole auf die Brust setzen!" scherzte Wilhelm Langheld mit einem gezwungenen Lachen. „Aber die Sache liegt für mich nicht so einfach, wie Sie annehmen. Einen bestimmten Wunsch? O ja! Aber wenn Sie ihn verstehen sollen, müssen Sie zuvor über die Sachlage unterrichtet sein. Sie müssen wissen, daß man Ihren Onkel dazu überredet hat, ein geradezu wahnwitziges Testament zu errichten, und Sie müssen sich ein Bild von den Persönlichkeiten machen können, die dabei, und vielleicht noch bei etwas anderem, ihre Hände im Spiel gehabt haben! Kennen Sie den Doktor Holthausen?"

(Fortsetzung folgt.)

Eingesandt.

(Für Artikel unter dieser Rubrik übernimmt die Redaktion nur die preßgesetzliche Verantwortung.)

Der ungeheizte Triebwagen!

Berechtigte Empörung zeigten gestern früh die Fahrgäste, die täglich den Triebwagen ab 4,10 Uhr Schwerte nach Hagen benutzen müssen. Sie fanden den Triebwagen wie so oft, so auch heute wieder ungeheizt vor und dazu herrschte heute früh draußen eine bittere Kälte. Hinzu kam noch, daß in dem Abteil 3. Klasse eine große Fensterscheibe vollständig fehlte. Es ist uns nun bekannt geworden, das die Bahnhofsleitung Anweisung an ihre Untergebenen erlassen hat, daß sie die Triebwagen, die früh von Schwerte fahren, heizen müssen und darum ersuchen wir den Herrn Ober-Inspektor dringend, hier mal zu inspizieren, er wird dann finden, daß es betr der Beheizung gerade der Triebwagen sehr hapert. Oder glaubt man, die Beheizung ist nicht täglich so nötig, denn es ist ja doch nur ein — Arbeiter-Triebwagen — Wir sind der Ansicht, daß grade diese Triebwagen, die von Männern benutzt werden, welche ihre Nachtruhe teilweise opfern müssen, sehr gut geheizt werden müssen; dazu kommt noch, daß die Eisenbahnverwaltung bei der Goldmarkberechnung der Fahrpreise verpflichtet ist, ihren Fahrgästen im Winter geheizte Wagen zur Verfügung zu stellen Wir hoffen, daß diese Zeilen zu Abstellung des Uebelstandes genügen werden

Mehrere Fahrgäste.

Aus unserer westfälischen Vergangenheit

Ein zweiter Sänger im Pfarrhause zu Dinker.

Von R. Giebe, Bochum.

Etwe hundert Jahre nach Meier war das Pfarrhaus zu Dinker wiederum die Wohnstätte eines Dichters. Im Jahre 1735 wurde der Feldprediger vom Regiment des Oberst von Waldow in Hamm, Ludolf Burchard Gesenius, zum Pfarrer in Dinker gewählt. Er war am 12. April 1704 zu Beetzendorf in der Altmark geboren. Im Jahre 1736 gab er als „Probe oder Einiger Geistlichen Oden Gesänge" ein Büchlein heraus. Es enthält Gedichte über die Episteln des Kirchenjahres vom 1. Advent bis zum 3. Ostertage, dazu 5 Passionsgedichte, Gedichte über das Evangelium von Exaudi und vom 10. Sonntag nach Trinitatis nebst 5 anderen geistlichen Oden. Nur wenige der meist langen Gedichte sind auf Kirchenmelodien „gestellt"; sie sind offenbar weniger zum Singen, als zum Lesen geeignet und in der Tat von Gesenius im Garnisongottesdienst von der Kanzel als Bestandteile der Predigt gesprochen worden. Die Sprache ist einfach, die Gedanken sind klar, der Ton warm und herzlich. Einige der Oden sind in Anlehnung an Abschnitte aus den damals weit verbreiteten Erbauungsbüchern des Dresdener Oberhofpredigers Margerger geschrieben, dessen Lied „Wer sich auf seine Schwachheit stauet" in vielen Gesangbüchern steht.

Ein Vergleich zwischen den Dichtungen Meiers und denen Gesenius liegt nahe. Dort noch der alte, bisweilen rauhe, an die Volkspoesie des 16. Jahrhunderts erinnernde Ton, hier eine feine, gewählte, leicht flüssige Sprache, die es verstehen läßt, daß in jenen Tagen ein Hagedorn und Haller schon „den großen deutschen Liederfrühling" ankündigten. Bedeutsamer aber ist dieser Unterschied. Meier ist alles darum zu tun, seine Lieder sangbar zu gestalten, steht ihm doch der Ton eines Liedes an erster Stelle, während Gesenius seine Oden „als Leselyrik, zwar in geschlossene, bisweilen fein und eigenartig geformten Strophen, aber doch mein nicht auf volkstümliche, im Kirchengesang gebräuchliche Versmaße" verfaßt hat.

Selbst sein schönstes Lied „Gott mit uns, Immanuel", das vor allen anderen geradezu zum Singen drängt, hat eine allgemein bekannte Kirchenmelodie nicht gefunden. Wer es nach der Weise „Weil ich Jesu Schäflein bin" singt, verkennt den Charakter des Geseniusschen Liedes völlig. Ein späterer Hammer Pfarrer, der große Hymnolog und Sangesmeister Nelle, hat ihm eine helle und herrliche Melodie geschenkt, die dort oft angestimmt worden ist und im Taschenbuch für Kindergottesdienste 1894—95 (Bremen, Mergenbesser) steht.

Zwei wichtige Ereignisse, die Gesenius in Hamm erlebte, hat er dichterisch festgehalten. Ein Reimgebet von ihm hat „der Herr Obrister von Waldow" bei der Grundsteinlegung der lutherischen Kirche in Hamm gesprochen. Es beginnt:

Nun ist der Grundstein hineingelegt.
Ach, wäre doch von deiner Hand,
o Gott, dein Name drauf gepräget,
der aller Enden ist bekannt,
so würde der gelegte Stein
zum Tempelbau gesegnet sein.

Die entsetzliche Feuersbrunst, die am 11. November 1734 in etwa 6 Stunden 200 Wohnhäuser gefüllte Scheunen und Nebenhäuser in Hamm zerstörte, hat Gesenius als Augenzeuge höchst anschaulich geschildert.

Was will der Glockenwiderhall,
der langsam tönend trübe Schall,
das ungewohnte Trommelschlagen?
Wie wird mir? Wie! Was höre ich?
Ich hör': man schreiet fürchterlich,
Und hör von Feuer, Feuer sagen.

Dann fährt er fort: „Sieh Westen hin, da raucht die Glut, sieh Norden hin, da steht dein Gut und Häuser schon in vollen Flammen . . .", um nun den Bürgern scharf ins Gewissen zu reden. Gottes Güte habe sie reich gemacht. Allein man habe es an Buße und Besserung fehlen lassen. So habe Gott strafen müssen. Aber jetzt möge man Buße tue. Noch ein Zug an dem Gedicht verdient Beachtung. Gesenius ruft der Stadt zu: „Auch du hast ja an deinem Ort, gottlob, des Höchsten reines Wort gehabt, gehöret und gelesen." Damit spricht der lutherische Feldprediger dem reformierten Hamm „Gottes reines Wort" zu und beweist damit in erfreulicher Weise, daß er an dem konfessionellen Hader zwischen den Wesen scharf ausprägenden Reformierten und dem kleinen gedrückten Häuflein der Lutheraner in Hamm keinen Teil haben wollte, vielmehr im Sinne eines Spener, Francke, Margerger und anderer Pietisten dafür hielt, daß „Reformierte und Lutheraner sich gegenseitig als Erben und Träger eines reinen Evangeliums anerkennen sollten."

Wie in Hamm, so wirkte Gesenius auch in Dinker im Segen. In seinen Erinnerungen des Kirchspiels Dinker rühmt der Pfarrer und Konsistorialrat Busch unseren Dichter als einen würdigen Mann, von dem noch mir bekannt gewesene Greise in der Gemeinde mit großer Achtung und Anhänglichkeit gesprochen haben." Er begründete in den zur Gemeinde Dinker gehörenden Ortschaften Norddinker, Vöckinghausen und Vellinghausen Volksschulen.

Freilich hat es ihm an Leid nicht gefehlt. Verdrießliche Händel bereiteten ihm Magistrat und Ministerium (Geistlichkeit) von Soest. Um ihn zu kränken, setzten sie auf den 14. Trinitatissonntag 1745 eine Kirchenvisitation in Dinker an. Gesenius erhob Widerspruch, eine Kirchenvisitation könne nicht von der Stadt Soest, sondern nur auf Befehl der Landesregierung angeordnet werden. Tatkräftiger aber verfuhren die Kirchenspielfrauen aus dem Amte Hamm, die auch von der Kirchenvisitation nichts wissen wollten. Sie bewaffneten sich mit Mistgabeln und trieben die Herren aus Soest zurück. Dieser Vorfall aber bewirkte bei dem schon von der Gicht geplagten Dichter eine Verstandeszerrüttung. „Er ging oft", erzählt Busch, „ohne Kleidung im Kirchspiel umher". Er starb schon 1753 im 49. Lebensjahre.

Im Tauf-, Trau- und Totenregister der Gemeinde Dinker finden sich zahlreiche gereimte Segenswünsche von Genesius. Diese wie seine Oden zeigen uns ihn als einen fest im Bekenntnis der Kirche stehenden, durch die Schule des Pietismus beeinflußten Mann, der mild und klar, friedsam und entschieden am Reiche Gottes gebaut hat, nicht zuletzt auch durch seine Lieder. Zwar geht diesen die durchschlagende volkstümliche Kraft ab, die den Kirchenliedern eignet, aber sie sind zweifellos von erbaulicher Wirkung auf ihre Zeit gewesen.

Amerika.

Die Entente gibt sich alle Mühe, die Vereinigten Staaten von Nordamerika zur Teilnahme an der Finanzkonferenz zu bewegen, welche die deutsche Zahlungsfähigkeit prüfen soll. Darin sind England, Italien und Belgien einig. Es ist offensichtlich, daß in Washington volle Neigung besteht, dem Reparationstrubel ein Ende machen zu helfen, und der Staatssekretär hat sich, wie mitgeteilt ist, erst vor einigen Tagen in diesem Sinne ausgesprochen. Wozu aber keine Lust vorhanden ist, das ist, schließlich das fünfte Rad am Wagen zu spielen, so daß die Verhandlungen resultatlos verlaufen.

Poincaré sieht so viel ein, daß ohne Amerika die europäische Wirtschaft nicht wieder auf einen grünen Zweig kommen, und daß er die französischen Schulden bei den Vereinigten Staaten nicht einfach abstreifen kann. Das war längst kein Geheimnis mehr, und er ist gern damit einverstanden, sich mit der großen Republik jenseits des Ozeans auf den besten Fuß zu stellen, wenn er deshalb uns Deutsche nicht aus den Fingern zu lassen braucht. Es scheint nicht unmöglich, daß früher oder später ein Einvernehmen mit Amerika, wenn auch noch nicht hergestellt, so doch angebahnt wird. Ob er zur Annahme für Deutschland geeignet ist, wird sich natürlich erst sagen lassen, wenn es zustande gelangt sein wird.

Die Schulden, die im Kontobuch des amerikanischen Finanzministers für Frankreich verzeichnet stehen, sind nicht geringfügig und sie werden nicht für ewige Zeiten kreditiert bleiben. Ist die Regierung in Paris gar zu halsstarrig, so muß sie eines Tages auf eine bestimmte Mahnung gefaßt sein, die sie nicht ebenso in den Wind schlagen kann, wie sie dies mit den englischen Verhandlungen und Vorstellungen, doch endlich Kulanz zu zeigen, getan hat. Die Zinsen dieser Schulden wuchsen an, und daß der ganze große Betrag von Amerika in den Schornstein geschrieben werden wird, ist nicht anzunehmen. Die Erwartung, der man sich in Paris vielleicht hingibt, die Schulden und Zinsen durch ein Bündnis mit den Vereinigten Staaten bezahlt zu machen, ist hinfällig, denn in Washington ist keine Stimmung vorhanden, sich für einen europäischen Staat in Unkosten zu stürzen.

Die Vereinigten Staaten sind auch drauf und dran, im nächsten Frühjahr der alten und neuen Welt durch Veranstaltung von großen Manövern allerersten Ranges klar zu machen, welche Macht sie bedeuten. Durch die Konferenz in Washington sollte allerdings für diejenigen Staaten, die am Stillen Ozean interessiert sind, der ewige Friede proklamiert sein, aber das Papier ist geduldig, und die realen Verhältnisse verlangen ihre Rechte. So hält es denn die Regierung in Washington für angebracht, durch diese Flottenaktion darzutun, was sie in kritischen Fällen in die Wagschale zu werfen hat.

Es ist nicht das erstemal, daß von jenseits des Ozeans eine solche Schaustellung der Flotte erfolgt, die keine Demonstration ist, die sich aber jede Regierung, die etwas mit dem „Weißen Hause" zu tun hat, hinter die Ohren schreiben kann. Das war die Rundreise der nordamerikanischen Flotte um die Erde, die nach dem siegreichen Kriege Japans gegen Rußland stattfand, um der Regierung des Mikado den Standpunkt klar zu machen, daß sie nicht daran denken solle, ihr Augenmerk auf amerikanischen Besitz zu richten. Diese erste Demonstration hat auch den Erfolg gehabt, daß ein amerikanisch-japanischer Konflikt unterblieben ist.

„Es ist auch wieder davon gesprochen, daß Amerika uns mit einer Anleihe zu Hilfe kommen wollte. Darauf schnelle Hoffnungen zu setzen, ist nicht ratsam. Denn ohne eine Aussicht auf Erledigung der Reparation und Verständigung mit den Ententestaaten ist an einen amerikanischen Vorschuß kaum zu denken. Die großen Geldgeber in Newyork wollen sicher gehen, was man ihnen am Ende auch nicht verdenken kann. Aber es ist für sie empfehlenswert, nicht nur nach Deutschland, sondern überall hin zu schauen, wo die Mißstände heraufbeschworen wurden, unter denen wir mehr als alle anderen zu leiden haben.

Amerika ist mit daran schuld an den heutigen Zuständen, denn es hat beim Friedensschluß zu Versailles vom 28. Juni 1919 nicht darauf geachtet, daß die 14 Punkte Wilsons, die für uns Friedensbedingungen waren, innegehalten wurden. Ohne dieses Versäumnis hätten nie diese Zustände eintreten können.

Anzeigenpreise ab 13. November:

Die Grundpreise betragen:
Für die achtgespaltene Millimeterzeile oder deren Raum:

Lokale	40.— Mk.
Auswärts	80. „
Reklame	140.— „
Auskunftsgebühr	5.— „
Offertengebühr	10.— „

Die Grundpreise sind mit der Schlüsselzahl
(ab 13. November 250 000 000)
zu vervielfältigen.

Statt besonderer Anzeige.



Heute morgen 3 Uhr starb nach 3½jährigem, mit großer Geduld ertragenem Leiden meine liebe Frau, unsere gute Mutter, Schwester und Großmutter

Frau August Boshammer

Minna geb. Pütter

im 71. Lebensjahre.

Um stille Teilnahme bitten

August Boshammer und Kinder.

Wandhofen, den 12. November 1923.

Die Beerdigung findet Donnerstag, den 15. November 1923, nachmittags 3 Uhr vom Trauerhause aus statt

Schlafzimmer mit Morgenkaffee
für sofort gesucht.
Angebote unter Nr. 7579 an die Geschäftsstelle dieser Zeitung erbeten.

Nach kurzem, qualvollem Leiden entschlief heute mittag 2¼ Uhr meine innigstgeliebte Frau, unsere gute Mutter, Tochter, Schwester, Schwägerin und Tante,

Ehefrau Adolf Gasse

Elisabeth geb. Hamer

im Alter von 29 Jahren, versehen mit den Tröstungen unserer hl. Kirche.

Wir bitten um christliches Beileid.

In tiefem Schmerz:

Adolf Gasse,
Grete, Gertrud, Heinz und Hilde Gasse,
Familie Wilhelm Hamer.

Schwerterheide, den 10. November 1923.

Die Beerdigung findet Mittwoch, 14. ds. Mts., nachmittags 3½ Uhr, vom evangelischen Krankenhaus aus statt.

Das feierliche Seelenamt ist Donnerstag morgen 7.40 Uhr in der Pfarrkirche.

Statt Karten!

ALBERT SCHNAPP
LUISE SCHNAPP
geb. Miller
Vermählte
Schwerte Werther
den 13. 11. 1923

Füllfederhalter
von einfachster bis zur feinsten Ausführung
sind zu haben in der
Buchhandlung Carl Braus.

Markenbrotpreise!

Die Preise für Markenbrot wurden bisher jede Woche einmal neu festgesetzt. Die Geldentwertung der letzten Wochen hatte zur Folge, daß das Bäckergewerbe von dem festgesetzten Verdienst nicht einmal die Unkosten für Kohlen bezahlen konnte. Den Bäckern ist aus diesem Grunde die Bruttoverdienstspanne wertbeständig zugesichert, so daß sich in Zukunft der Brotpreis für Markenbrot täglich ändern kann. Der Preis richtet sich nach dem Dollarstand vom Vortage. Die Markenmehlpreise für Brot ändern sich vorläufig nur des Sonnabends jeder Woche, so daß des Sonnabends auch ein neuer Brotpreis in Kraft treten kann, ohne daß sich der Dollarstand geändert hat.

Die Höchstpreise für Brot im Landkreise Hörde werden nach wie vor vom Kreisausschuß Hörde festgesetzt. Eine Veröffentlichung derselben in den Zeitungen findet nicht mehr statt. Im Einvernehmen mit dem Bäckergewerbe ordnen wir hiermit an, daß alle Bäckereibetriebe und Brotverkaufsstellen den von uns festgesetzten Höchstpreis für Markenbrot im Schaufenster so anzubringen haben, daß derselbe von außen gut leserlich und sichtbar ist.

Im übrigen bleiben alle Anordnungen bestehen. Verstöße hiergegen werden nach den bestehenden Gesetzen mit Gefängnis oder Geldstrafe, bezw. mit Entziehung der Handelserlaubnis geahndet. 3308

Der Kreisausschuß des Landkreises Hörde.

Reichskursbuch
Winterausgabe 1923/24
(mit einem Nachtrag der ab 12. November eintretenden Einschränkungen) liefert schnellstens

Buchhandlung C. Braus

Bekantmachung
über Aufhebung der Freizügigkeit der Brotmarken.

Auf Anordnung des Herrn Regierungs-Präsidenten zu Arnsberg höet die Freizügigkeit der Brotmarken mit Ablauf des 16. ds. Mts. auf. Die Bäckereibetriebe und Brotverkaufsstellen des Landkreises Hörde werden hiermit angewiesen, unter keinen Umständen nach diesem Tage noch Brotmarken anderer Städte und und Kreise zu beliefern, da wir für Brotmarken anderer Kreise nach diesem Zeitpunkte keinen Ersatz an Mehl geben werden.

Die Brotmarken fremder Kreise sind spätestens bis zum Montag kommender Woche hier abzugeben.

Hörde, den 12 November 1923

Der Kreisausschuß des Landkreises Hörde.

Lichtspiele zur Reichskrone

Heute bis Donnerstag
Auch diesesmal ist es uns gelungen ein wunderbares Programm zusammenzustellen.
1.
Das große sechsaktige Drama
Und dennoch kam das Glück . . .
Nicht mitzuhassen, mitzulieben bin ich da. Sophokles.
2.
Der
geheimnisvolle Termin
Kriminal-Drama in 5 gewaltig spannenden Akten.

Heute und folgende Tage großer
Decken-Verkauf
sowie prima
Polstermöbel
Polsterhaus
Walther
Holzen, Rosenweg 40.

Hege und Jagd
ist die führende Jagdzeitschrift Süddeutschlands und amtliches Organ vieler jagd- und Hundezüchter-Vereinigungen des In- und Auslandes. — Probenummern sind gegen Selbstkostenersatz zu beziehen durch die Vertriebsabteilung in Dillingen-Donau.